

# die Lage



Wie wir Kinder im  
Netz besser schützen  
Ein Interview mit Anne König

Mit KI visualisiert – symbolische Darstellung.

**Die Neue Grundsicherung:**  
**Mehr Gerechtigkeit im Sozialstaat**  
Leistungen für Bedürftige.  
Wer arbeiten kann, muss arbeiten.

**Europa zwischen den Machtblöcken:**  
Warum Deutschland eine geopolitische  
Wirtschaftsstrategie braucht





---

**IM GESPRÄCH**

**Interview mit Anne König**  
„Kinder müssen online genauso geschützt werden wie offline“

4

---

**IM FOKUS**



**„Arbeit ist der beste Schutz vor Armut“**  
Hülya Düber von der AG Arbeit und Soziales über den Alltag im Jobcenter

15

**Heizungskauf wieder leicht gemacht**  
Wissenswertes zum „Gebäudemodernisierungsgesetz“

16

**Europa zwischen den Machtblöcken:**  
Warum Deutschland eine geopolitische Wirtschaftsstrategie braucht

8

**Die Neue Grundsicherung:**  
**Mehr Gerechtigkeit im Sozialstaat**  
Leistungen für Bedürftige.  
Wer arbeiten kann, muss arbeiten.

12



---

**IN BEWEGUNG**

**Fit für die Fraktion**  
Vier Abgeordnete erzählen, wie Sport ihren Alltag prägt und ihnen Energie gibt.

18



---

## IM BLICK

### Die Fraktion in Bildern

Ein Überblick über die wichtigsten Veranstaltungen der vergangenen Monate 22



---

## IM KERN

### Zuversicht ist das Elixier unserer Union

Eine Kolumne von Jens Spahn 27



---

## EDITORIAL



### STEFFEN BILGER

Erster Parlamentarischer Geschäftsführer der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag

*Liebe Leserinnen und Leser,*

neue Wahlperiode, neues Erscheinungsbild: Unserem Printmagazin, ehemals „Fraktion direkt“, haben wir ein Lifting verpasst. Nun heißen wir „die Lage“ und präsentieren uns in einem frischen Format mit luftigem Layout.

Was sich nicht geändert hat: Wir informieren Sie auf bewährte Weise über die Themen, die uns bewegen. Wir präsentieren, was wir erreicht haben und erreichen wollen.

So lesen Sie in einem Interview mit Anne König, wie wir Kinder besser vor den Gefahren von Social Media schützen wollen, ohne ihnen die Chancen zu nehmen, die das Netz bietet. Norbert Röttgen schreibt in einem Gastbeitrag über die Verschiebung der globalen Machtverhältnisse und die Konsequenzen, die sich daraus für Deutschland und Europa ergeben. Wir erklären Ihnen die Vorteile der Neuen Grundsicherung und sprechen mit Hülya Düber darüber, wie die Vermittlung von Hilfeempfängern in den Arbeitsmarkt gelingen kann.

Wir erklären Ihnen die Erleichterungen, die das Gebäudemodernisierungsgesetz für Haus- und Wohnungseigentümer mit sich bringt. Last, but not least schreibt der Fraktionsvorsitzende Jens Spahn in seiner Kolumne über Reformen aus einem konservativen Geist heraus.

Mit ihrer Arbeit im Bundestag und im Wahlkreis sind Abgeordnete sieben Tage die Woche beschäftigt. Wie sie sich dabei fit halten, beschreiben vier von ihnen. In Bildern zeigen wir Ihnen, welche Veranstaltungen die Fraktion auf die Beine gestellt hat.

Geben Sie uns gerne Feedback zum neuen Heft, das fortan zweimal jährlich erscheint. Kritik und Anregungen nehmen wir dankbar entgegen.

Zunächst aber wünschen wir Ihnen eine angenehme Lektüre!

  
Steffen Bilger



*„Kinder müssen  
online genauso  
geschützt werden  
wie offline“*

*Für Kinder und Jugendliche sind soziale Medien Fluch und Segen zugleich: Sie eröffnen Chancen auf Bildung, Vernetzung und Teilhabe. Zugleich verbreiten sie schädliche Inhalte und fördern Suchtverhalten. Sie setzen Minderjährige Druck, Manipulation und Radikalisierung aus. Über wirksamen Jugendschutz sprach „die Lage“ mit Anne König, der familien- und jugendpolitischen Sprecherin der CDU/CSU-Bundestagsfraktion.*

#### **Frau König, verlieren wir die Jugend an die sozialen Medien?**

KÖNIG: Wir riskieren gerade, einen Teil ihrer Kindheit den Geschäftsmodellen großer Plattformen zu überlassen. Soziale Medien können Wissen vermitteln, Gemeinschaft stiften und politische Teilhabe erleichtern. Zur Realität gehört aber auch: endloses Scrollen, Schlafmangel, Cybermobbing, sexualisierte Ansprache, Hass, Desinformation und der ständige Vergleich mit einem inszenierten Leben, das mit der eigenen Wirklichkeit oftmals kaum etwas zu tun hat. Rund ein Viertel der 10- bis 17-Jährigen nutzt soziale Medien inzwischen in einer Weise, die Ärzte und Jugendpsychologen als problematisch ansehen.

#### **Müssen Eltern ihre Kinder besser schützen?**

KÖNIG: Verantwortung dafür allein den Eltern zuzuweisen, wäre zu kurz gegriffen. Wenn

Plattformen so gebaut sind, dass Kinder möglichst lange dort verweilen, möglichst häufig klicken und möglichst viele Daten preisgeben, ist das kein privates Erziehungsproblem mehr. Dann geht es um Gesundheits-, Verbraucher- und Kinderschutz. Deshalb gilt: Kinder müssen online genauso geschützt werden wie offline. Die Filmfreigabe für Kinos wirkt geradezu absurd, wenn Jugendliche sich Horrorfilme mit Echaufnahmen bei TikTok anschauen können.

#### **Was muss auf rechtlichem Gebiet getan werden?**

KÖNIG: Ich halte ein Mindestalter von 16 Jahren für soziale Netzwerke für rechtssystematisch stimmig. Denn auch im Datenschutzrecht ist die Einwilligung erst ab 16 möglich. Viele Länder handeln bereits so. Die Regierung in Großbritannien bereitet ein Social-Media-Verbot für unter 16-Jährige vor. Auch das Europa-

parlament und die Europäische Kommission starten Initiativen. Es ist an der Zeit, diese Maßnahmen so zusammenzuführen, dass sie einen wirksamen Schutz unserer Kinder in ganz Europa garantieren. Gemeinsam können wir stärkeren Druck aufbauen, der Medienkonzerne zwingt, den Standards zu folgen, die wir von ihnen erwarten. Es ist auch für uns Zeit zu handeln. Für die CDU/CSU-Bundestagsfraktion heißt das: altersgerechte Zugänge, verbindliche Schutzstandards und spürbare Sanktionen, wenn Plattformen ihre Pflichten verletzen.

Ich begrüße es, dass die EU weitere Schutzvorschriften gegen den Missbrauch insbesondere von jungen Mädchen und Frauen durch Deepfakes auf den Weg bringen will. Grundsätzlich müssen große Plattformen nachweisen, dass ihre Systeme Kinder nicht gefährden. Wer mit Minderjährigen Geld verdient, trägt Verantwortung für ihre Sicherheit. Das gilt für Algorithmen, Moderation und Werbung. Wer

gegen rechtliche Regeln verstößt, muss mit empfindlichen Bußgeldern rechnen.

Aber natürlich lösen Verbote und Strafen allein das Problem nicht. Wir brauchen Medienbildung in Schulen, Unterstützung für Eltern und Beratungsangebote. Wir brauchen darüber hinaus analoge Räume, in denen Kinder Sport treiben, Freunde treffen und auch mal Langeweile aushalten müssen.

### Welche technischen Lösungen streben Sie an?

KÖNIG: Zuerst brauchen wir eine verlässliche Altersverifikation, die mit möglichst wenig Daten auskommt. Ein Klick bei „Ich bin über 13“ ist kein Jugendschutz. Zugleich darf die Altersprüfung nicht dazu führen, dass man im Netz komplett identifiziert werden kann.

---

## „Wir brauchen eine verlässliche Altersverifikation.“

---

Bis Anfang 2027 soll in enger Abstimmung mit der EU in jedem Mitgliedstaat mindestens eine EUDI-Wallet nach gemeinsamen Standards verfügbar sein. Mit dieser App kann man sich online wie offline sicher ausweisen, wichtige Dokumente digital verwalten und jederzeit über die eigenen Daten verfügen. Die App soll anonym funktionieren, so dass man damit auch nur das Alter bestätigen kann.

Zweitens müssen Plattformen für Minderjährige anders voreingestellt sein: keine personalisierten Suchspiralen, kein permanenter Push-Druck, kein Autoplay als Dauerreiz,



Anne König moderiert den CDU/CSU-Kongress „Kinder- und Jugendschutz in der digitalen Welt“ am 21. April 2026.

keine manipulativen Designs. Empfehlungsalgorithmen dürfen Kinder nicht in immer extremere Inhalte treiben, sei es Selbstverletzung, Essstörung, Pornografie, Gewalt, Hass oder politische Radikalisierung.

Drittens brauchen Kinder einfache Beschwerdewege. Wer gemobbt, bedroht oder sexuell belästigt wird, darf nicht in den Irrgarten eines Hilfemenüs geschickt werden. Die Melde- und Blockierfunktion muss schnell, verständlich und altersgerecht funktionieren.

### Ein Phänomen verdient Beachtung: die Beeinflussung Jugendlicher von Seiten islamistischer Influencer. Wie gravierend ist das und wie wollen Sie dagegen vorgehen?

KÖNIG: Das ist gravierend, weil diese Szene längst nicht mehr nur mit langen, langweiligen Predigten arbeitet. Sie nutzt kurze Videos, Humor, Musik, Popkultur, um ihre Botschaften zu verbreiten. Sie vermittelt das



Gefühl von Zugehörigkeit. Junge Menschen, die Verunsicherung oder Ausgrenzung erleben, werden mit einfachen Antworten angesprochen: Du bist Opfer, die Gesellschaft ist gegen dich, Demokratie ist wertlos, wir geben dir Identität. Genau darin liegt die Gefahr.

Es geht hier übrigens nicht nur um muslimische Jugendliche, nicht nur um Religiosität oder strenge Frömmigkeit. Es geht um gezielte verfassungsfeindliche, antisemitische, frauenverachtende und demokratiefeindliche Einflussnahme. Deshalb müssen wir diese extremistischen Netzwerke konsequent beobachten und im frühen Stadium gegen sie vorgehen. Dafür wiederum müssen Sicherheitsbehörden und Plattformen besser zusammenarbeiten.

Plattformen dürfen sich nicht herausreden. Wenn extremistische Inhalte massenhaft empfohlen, neu hochgeladen oder über Ausweichaccounts verbreitet werden, reicht

es nicht, nach öffentlichem Druck einzelne Videos zu löschen. Wir brauchen schnelle Sperrungen illegaler Inhalte, Erkennung wiederkehrender Muster und Transparenz darüber, wie solche Inhalte Reichweite bekommen. Gleiches gilt natürlich auch für politischen Extremismus.

---

### *„Kinder sind keine Kulisse für die Selbstdarstellung Erwachsener.“*

---

**Zum Schluss: Wie sollte man mit Eltern umgehen, die ihre Kinder als Aushängeschild im Netz benutzen, das sogenannte Sharenting?**

KÖNIG: Kinder sind keine Kulisse für die Selbstdarstellung Erwachsener und kein Ge-

schäftsmodell. Viele Eltern teilen Fotos aus Stolz, nicht aus böser Absicht. Die Kinder können verspottet, die Bilder kopiert, bearbeitet und sexualisiert werden. Sie können auch Jahre später noch gefunden werden.

Deshalb brauchen wir zuerst Aufklärung. Eltern müssen verstehen, dass auch kleine Kinder ein Recht auf Privatsphäre haben.

Wo Kinder kommerziell vermarktet werden, reicht jedoch Aufklärung nicht aus. Beim sogenannten Family-Influencing brauchen wir klare Regeln: Beteiligungsrechte der Kinder, Schutz vor Überforderung, Kontrolle durch zuständige Stellen und eine Absicherung der Einnahmen zugunsten des Kindes.

# Europa zwischen den Machtblöcken: Warum Deutschland eine geopolitische Wirtschaftsstrategie braucht

Ein Gastbeitrag von Norbert Röttgen

*Die geopolitische Ordnung der vergangenen Jahrzehnte zerfällt.  
Für Deutschland und Europa endet damit eine Epoche, in der  
wirtschaftliche Verflechtung als Garant für Stabilität und Wohlstand galt.  
Heute zeigt sich das Gegenteil: Wirtschaftliche Abhängigkeiten werden  
zunehmend als geopolitisches Machtinstrument eingesetzt.*



Der Stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion,  
Norbert Röttgen, auf den Stufen des Kapitols in Washington

Europa gerät dabei immer stärker zwischen die beiden dominierenden Machtzentren des 21. Jahrhunderts und läuft Gefahr, zerrieben zu werden. Auf der einen Seite stehen die USA, die ihre wirtschaftliche Stärke protektionistisch zum eigenen Vorteil einsetzen. Auf der anderen Seite erleben wir China, das ökonomische Abhängigkeiten längst systematisch in geopolitischen Einfluss übersetzt. Für Deutschland und Europa bedeutet das vor allem eines: Die Zeit geopolitischer Bequemlichkeit ist vorbei. Wir müssen selbst ins Handeln kommen.

---

*„Die enorme wirtschaftliche Verflechtung mit China schränkt außenpolitische Handlungsspielräume ein.“*

---

Schon heute ist Deutschlands wirtschaftliche Verflechtung mit China in zentralen Bereichen so tief, dass es außenpolitische Handlungsspielräume einschränkt. Das betrifft kritische Rohstoffe ebenso wie industrielle Vorprodukte, Pharmakomponenten und strategische Technologien. Hinzu kommt die enorme Bedeutung des chinesischen Absatzmarktes für deutsche Schlüsselindustrien.

Besonders sichtbar wird diese Entwicklung in der Automobilindustrie. Für deutsche Hersteller wurde China vom Wachstumsmarkt zum Fundament ihres Geschäftsmodells, was sich als Falle erwies und wovon vielfach gewarnt wurde. Denn unter Präsident Xi Jinping verfolgt China seit Jahren eine Strategie, die Industriepolitik, Außenpolitik und Sicherheitsinteressen konsequent miteinander verbindet.

Mit der Doktrin der „zwei Kreisläufe“ reduziert Peking durch Technologietransfers gezielt eigene Abhängigkeiten vom Ausland, während zugleich die Abhängigkeit anderer Volkswirtschaften von China erhöht werden soll. Durch eine intransparente Subventionspolitik und eine Unterbewertung der eigenen Währung, des Renminbis, schafft



Peking bewusst ungleiche Wettbewerbsbedingungen, um chinesische Produkte auf Kosten europäischer – und hier vor allem deutscher – Konkurrenz zu etablieren.

Damit unterläuft China systematisch internationales Handelsrecht. Inzwischen ist der chinesische Markt für europäische Elektroautos weitestgehend geschlossen, während subventionierte und damit günstigere chinesische Autos den europäischen Markt schwemmen.

---

*„China geht es um Handlungsfreiheit und politischen Einfluss.“*


---

China geht es dabei nicht primär um Wachstum, sondern um politischen Einfluss und Handlungsfreiheit. Das gilt insbesondere im Indo-Pazifik, den China als seine Einflussphäre begreift, und für Taiwan, dessen Wiedervereinigung mit der Volksrepublik zum nationalen Pflichtprogramm der Kommunistischen Partei Chinas gehört.

China unterstützt außerdem Russlands Kriegswirtschaft und trägt damit aktiv zur Gefährdung europäischer Sicherheitsinteressen bei. Diese Realitäten verschwinden nicht, indem man sie diplomatisch weichzeichnet. Wir können China nur dann auf Augenhöhe begegnen, wenn wir uns auf ein geopolitisches Verständnis von Handels- und Wirtschaftspolitik einstellen und eigene Stärke entwickeln.

Eine verantwortungsvolle China-Politik bemisst sich deshalb nicht an diplomatischen Formeln, sondern an der Fähigkeit, kritische Abhängigkeiten zu reduzieren. Dabei geht es ausdrücklich nicht um wirtschaftliche Entkopplung. Europa wird auch künftig Handel mit China treiben. Aber unsere wirtschaftlichen Beziehungen müssen so ausdifferenziert sein, dass daraus keine politische Erpressbarkeit entsteht. „De-Risking“ ist deshalb keine ideologische Forderung, sondern ökonomische und sicherheitspolitische Vernunft.

Eine solche Politik ließe sich am besten europäisch koordiniert und abgestimmt mit den USA vorantreiben. Leider bewirkt die amerikanische Zollpolitik auch gegenüber Verbündeten das genaue Gegenteil: Durch den Wegfall




---

*„Wir dürfen nicht politisch erpressbar sein.“*

---

eines weiteren großen Marktes für europäische Produkte, wird auch das De-Risking von China erschwert.

Für zusätzliche Unsicherheit sorgt die Möglichkeit eines von Präsident Donald Trump verhandelten Deals mit China. So misslich beides ist, taugt die amerikanische China-Politik nicht als Ausrede für europäisches Nicht-Handeln, denn je länger wir warten, desto größer wird das Risiko und der mögliche Schaden.

---

*„Wir müssen kritische Verwundbarkeiten systematisch abbauen.“*

---

Darum ist es entscheidend, dass wir gemeinsam mit der Wirtschaft damit beginnen, kritische Verwundbarkeiten systematisch zu identifizieren, Absatzmärkte und Lieferketten zu diversifizieren und eigene industrielle Fähigkeiten zurückzugewinnen – etwa bei Halbleitern, Batterietechnologien, pharmazeutischer Produktion und

kritischen Rohstoffen. Künftiger Wohlstand darf nicht länger auf der stillschweigenden Annahme beruhen, geopolitische Risiken würden dauerhaft hinter ökonomischen Interessen zurücktreten.

Deutschland braucht neues Wachstum – durch technologische Innovation, neue Absatzmärkte, stärkere europäische Kapitalmärkte und eine aktivere Industriepolitik. Das wird kurzfristig höhere Kosten verursachen. Langfristig schafft Resilienz jedoch Stabilität und politische Handlungsfähigkeit.

---

*„Europa verfügt nach wie vor über erhebliche strukturelle Macht.“*

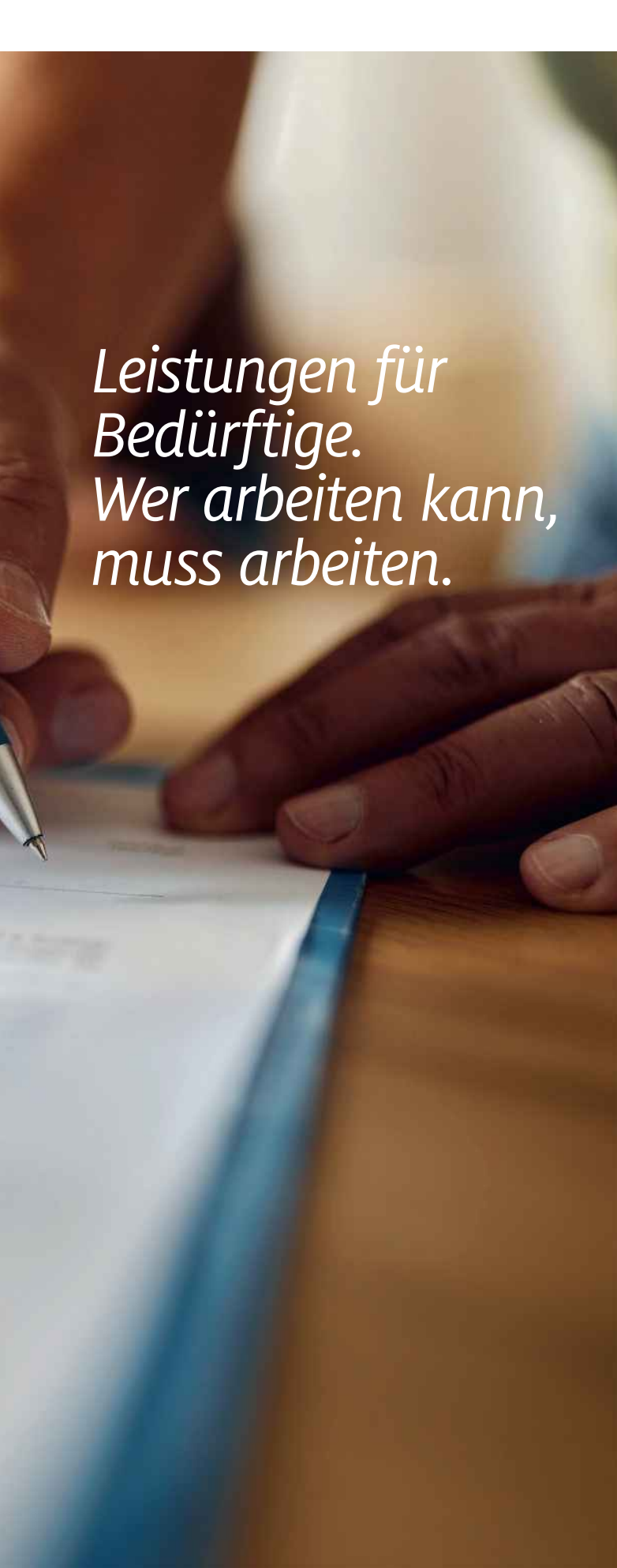
---

Um die nötige Zeit für diese Prozesse zu gewinnen, müssen wir unsere eigene geoökonomische Stärke entdecken und damit beginnen, sie selbst einzusetzen. Die Europäische Union verfügt nach wie vor über erhebliche strukturelle Macht – durch ihren Binnenmarkt, ihre industrielle Basis und ihre technologische Kompetenz. In sehr viel mehr Bereichen, als uns oftmals bewusst ist, bleiben sowohl China als auch die USA auf Europa angewiesen. Das betrifft beispielsweise die industrielle Verarbeitung, Medizintechnologie oder EUV-Lithografie.

Auch wir können diese Abhängigkeiten nutzen und unsere eigenen Stärken strategisch einsetzen. Bisher tun wir das viel zu wenig. Die entscheidende geopolitische Frage für Deutschland und Europa lautet deshalb nicht, wie Europa zwischen den USA und China bestehen kann. Die eigentliche Frage ist, ob Europa bereit ist, selbst als strategischer Akteur zu handeln. Das ist kein Selbstläufer, sondern muss politisch organisiert werden – und zwar von uns. Ohne Deutschland wird es nicht gehen.



***Die Neue  
Grundsicherung:  
Mehr Gerechtigkeit  
im Sozialstaat***



*Leistungen für  
Bedürftige.  
Wer arbeiten kann,  
muss arbeiten.*

Mehr Gerechtigkeit im Sozialstaat: Die Neue Grundsicherung ersetzt ab 1. Juli 2026 das Bürgergeld. Menschen dauerhaft in Arbeit zu bringen, ist das wichtigste Ziel der Reform, die die unionsgeführte Koalition in Kraft gesetzt hat. Sozialleistungen erhalten nur noch diejenigen, die wirklich nicht arbeiten können. Menschen, die arbeiten wollen, werden hingegen gefördert. Auch dem Sozialleistungsmissbrauch sagt die Koalition den Kampf an. Das gilt sowohl für Unternehmen, die Menschen illegal beschäftigen, als auch für Schwarzarbeiter selbst.

---

*„Solidarität ist  
keine Einbahnstraße.“*

---

„Unser Ziel ist es, mehr Menschen in Arbeit zu bringen“, sagt der arbeitspolitische Sprecher Marc Biadacz. Die Neue Grundsicherung sei „ein Sicherheitsnetz“ für diejenigen, die Hilfe brauchten. Wer seinen Lebensunterhalt allerdings aus eigenen Kräften leisten könne, müsse dem nachkommen. Biadacz erinnert daran, dass die Leistungen von den Menschen finanziert werden, die hart arbeiten und Steuern zahlen. „Solidarität ist keine Einbahnstraße“, sagt er. Auch der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion, Carsten Linnemann, unterstreicht: „Jeder muss das Seine zu unserer Solidargemeinschaft beitragen.“

### Zurück zum Prinzip Fördern und Fordern

Die Koalition kehrt zurück zum Prinzip des Förderns und Forderns. Das heißt: Arbeitslose haben eine Pflicht zur Mitwirkung bei der Arbeitssuche. Wer Leistungen bezieht, soll mit dem Jobcenter kooperieren, verlangt Linnemann. Das führe zu „mehr Gerechtigkeit“ im Sozialsystem – Gerechtigkeit auch für all jene, die mit ihren Steuern den Sozialstaat finanzieren.

Wer Termine beim Jobcenter verstreichen lässt oder eine zumutbare Arbeit nicht annimmt, obwohl er arbeiten könnte, erhält nun verringerte Leistungen oder – in letzter Konsequenz – gar keine mehr. Nur für Haushalte mit Kindern sind keine Kürzungen bei den Kosten der Unterkunft vorgesehen.

### „Wir wollen ein Sprungbrett in Arbeit sein“

Künftig gilt der Vermittlungsvorrang. Das bedeutet: Wer arbeiten kann, soll schnellstmöglich eine Stelle annehmen. „Wir wollen ein Sprungbrett in Arbeit sein“, sagt Biadacz: „Zurück in Teilhabe, zurück in Selbstbestimmung.“

Damit Menschen dauerhaft am Arbeitsmarkt Fuß fassen können, spielen aber auch Weiterbildung, Qualifizierung und Förderung eine wichtige Rolle. Insbesondere bei jüngeren Menschen liegt der Fokus auf Qualifizierung. Denn es gilt: Der beste Schutz vor Langzeitarbeitslosigkeit ist eine abgeschlossene Ausbildung.

### Grundsatz der Solidarität bleibt unangetastet

Gerecht ist die Reform, weil sie die Bedürfnisse aller Bürgerinnen und Bürger gleichermaßen berücksichtigt. Diejenigen, die Arbeit suchen, erhalten Förderung. Diejenigen, die nicht arbeiten können, erhalten Unterstützung. Und diejenigen, die hart arbeiten und so den Sozialstaat finanzieren, können sicher sein, dass ihre Steuern und Abgaben verantwortungsvoll verwendet werden.

Der Grundsatz der Solidarität bleibt dabei unangetastet. Wer Hilfe benötigt, kann sich ohne Einschränkung auf die staatliche Unterstützung verlassen. Das gilt etwa für Alleinerziehende oder Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen.

---

*„Wenn geltendes Recht und das gesellschaftliche Gerechtigkeitsempfinden zu lange auseinanderklaffen, dann gefährdet das die Legitimität unseres Rechtsstaates.“*

---

Der CDU-Fachpolitiker Kai Whittaker weist darauf hin, dass es dem Rechtsempfinden vieler Menschen widerspricht, wenn der Staat die Einhaltung von Regeln nicht durchsetzt. „Wenn geltendes Recht und das gesellschaftliche Gerechtigkeitsempfinden zu lange auseinanderklaffen, dann gefährdet das die Legitimität unseres Rechtsstaates“, warnt er. Es gehe außerdem nicht darum, die Menschen im Sozialstaat zu verwalten, sondern sie zu befähigen, auf eigenen Beinen zu stehen.

# „Arbeit ist der beste Schutz vor Armut“

Hülya Düber von der AG Arbeit und Soziales über den Alltag im Jobcenter

**Frau Düber, als ehemalige Sozialreferentin in Würzburg kennen Sie sich mit der Praxis im Jobcenter aus. Was sind die größten Probleme bei der Vermittlung von Arbeitslosen?**

Die größte Herausforderung ist, dass wir es in der Praxis selten mit nur einem Problem zu tun haben. Viele Menschen bringen gleich mehrere Vermittlungshemmnisse mit: fehlende Qualifikation, gesundheitliche Einschränkungen oder schwierige Lebenslagen. Das macht die Integration komplex. Gleichzeitig erleben wir aber auch: Verbindlichkeit hat zuletzt abgenommen. Termine werden seltener eingehalten, Absprachen häufiger nicht umgesetzt. Das erschwert Vermittlung ganz konkret.

**Welche Verbesserungen versprechen Sie sich von der Neuen Grundsicherung?**

Die Neue Grundsicherung setzt genau an diesen Punkten an. Sie bringt wieder mehr

Verbindlichkeit ins System und stellt klar: Vermittlung in Arbeit hat Vorrang. Es beginnt mit einem persönlichen Erstgespräch und einem verbindlichen Kooperationsplan, in dem Schritte und Erwartungen klar festgelegt werden. Gleichzeitig gilt: Wer Unterstützung bekommt, muss auch mitwirken. Das ist ein modernes Verständnis von „Fördern und Fordern“. Hilfe, wo sie notwendig ist, und Mitwirkung, wo sie möglich ist.

**Welche Veränderungen erwarten Sie angesichts des technologischen Wandels am Arbeitsmarkt?**

Der technologische Wandel wird den Arbeitsmarkt deutlich verändern, vor allem für Menschen ohne ausreichende Qualifikation wird es schwieriger. Deshalb ist klar: Qualifikation ist der Schlüssel. Wir müssen in Aus- und Weiterbildung investieren und gleichzeitig erwarten, dass diese Chancen auch genutzt werden.

Ein wichtiger Baustein ist für mich auch der Aktiv-Passiv-Transfer, der jetzt gesetzlich verankert wird. Das bedeutet ganz einfach: Statt Geld nur für Leistungen auszugeben, nutzen wir es gezielt, um echte Jobs zu fördern. Menschen sollen nicht in Maßnahmen bleiben, sondern in sozialversicherungs-pflichtige Arbeit kommen.

Unser Ziel ist klar: weniger Abhängigkeit vom Staat und mehr Menschen in regulärer Beschäftigung. Denn Arbeit ist und bleibt der beste Schutz vor Armut.



*Heizungskauf wieder  
leicht gemacht*

Eine Heizung braucht jeder, denn der nächste Winter kommt bestimmt. Wie sie aber künftig heizen wollen, darüber dürfen die Bürgerinnen und Bürger wieder selbst bestimmen. Die unionsgeführte Bundesregierung macht Schluss mit den Zumutungen des Habeckschen Heizungsgesetzes und erweitert die Wahlmöglichkeiten beim Einbau einer neuen Heizung. Sie erlaubt technologieoffene Lösungen, ohne den Klimaschutz aus den Augen zu verlieren. Denn fest steht: Deutschland will bis 2045 klimaneutral werden. Was das neue „Gebäudemodernisierungsgesetz“ vorsieht, dazu einige Fragen und Antworten.

### Welche Vorteile hat das neue Gesetz für die Bürger?

Die Bürgerinnen und Bürger werden nicht länger gegängelt. Sie können wieder frei wählen, welche Heizung sie einbauen wollen, wenn die alte kaputt geht. Sie müssen keine bürokratischen und kleinteiligen Vorgaben mehr erfüllen wie die Quote von 65 Prozent an erneuerbaren Energien beim Heizen. Sie müssen keine Zwangsberatung über sich ergehen lassen. Für jeden Gebäudetyp ist eine maßgeschneiderte Lösung möglich.

### Zwischen welchen Heizungen können die Bürger wählen?

Die Bürgerinnen und Bürger haben vielfältige Optionen – von der Wärmepumpe über Hybridmodelle sowie Fern- und Nahwärme, Biomasse- und Pelletheizungen bis zu Gas- oder Ölheizungen. Das heißt: Der Einbau neuer Gas- und Ölheizungen ist ausdrücklich wieder zulässig. Denn auch, indem man eine alte Gasheizung gegen eine neue, effizientere

tauscht, kann man den Verbrauch drosseln und somit die CO<sub>2</sub>-Emissionen senken.

Wer mit fossilen Brennstoffen wie Öl und Gas heizt, muss allerdings dem Klimaschutz Rechnung tragen. Das bedeutet, dass Schritt für Schritt mehr grüne Brennstoffe beigemischt werden müssen.

## Klimaschutzziel wird erfüllt

### Wie genau wird dem Klimaschutz Rechnung getragen?

Damit dem Klimaschutz Genüge getan wird, muss den fossilen Brennstoffen ab 2029 ein zunehmender Anteil CO<sub>2</sub>-neutraler Brennstoffe beigemischt werden. Das kann Biomethan, Bioheizöl oder biogenes Flüssiggas sein, aber auch Wasserstoff in seinen verschiedenen Farben. Ob Wasserstoff als grün, blau, orange oder türkis bezeichnet wird, gibt Aufschluss über seine Herstellung.

Wie hoch der Anteil der CO<sub>2</sub>-neutralen Beimischung ist, das legt die „Biotreppe“ fest. Ab 2029 sollen es zehn Prozent sein, ab 2030 schon 15 Prozent. 30 Prozent sind ab 2035 erforderlich und 60 Prozent ab 2040. Die Biotreppe gilt für Gas- und Ölheizungen, die nach 2029 gekauft werden, nicht aber für noch intakte Bestandsheizungen.

### Warum ist Biomethan so sinnvoll?

Biomethan wird aus landwirtschaftlichen Reststoffen und Bioabfällen hergestellt.

Unabhängig von Sonne und Wind kann Biomethan das ganze Jahr über produziert und geliefert werden. Abfallstoffe werden auf diese Weise sinnvoll genutzt, ohne Emissionen zu verursachen. Insofern steht Biomethan für eine moderne Kreislaufwirtschaft.

### Wie sieht es in größeren Städten aus?

In innerstädtischen Gebieten wird für viele Wohnungsgesellschaften und Eigentümergemeinschaften der Anschluss an ein Fernwärmenetz die attraktivste Lösung sein. Aber auch hier können hocheffiziente Gasthermen eine vernünftige Übergangslösung sein, bis die Kommunen die Fernwärme bereitstellen. Einige Energieversorger bieten solche Gasthermen sogar auf Leihbasis an.

### Wie werden die Kosten zwischen Vermietern und Mietern aufgeteilt?

Wird in einem bestehenden Wohngebäude eine Heizungsanlage ausgetauscht, dann tragen Mieter und Vermieter die Kosten je zur Hälfte. Im Einzelnen heißt das: Ab Januar 2028 teilen sie sich die Kosten für die Gasnetzentgelte und das Kohlendioxid fifty-fifty. Ab Januar 2029 teilen sie sich außerdem die Kosten für die Biobeimischung, die gemäß der dreistufigen Biotreppe erforderlich wird. Wenn Mieter sich selbst um ihre Wärmeversorgung kümmern – etwa in Einfamilienhäusern oder bei Gasetagenheizungen –, dann können sie sich vom Vermieter dessen Kostenanteil erstatten lassen.

# Fit für die Fraktion

*Der Alltag der Abgeordneten ist anspruchsvoll. Für viele schafft Sport einen Ausgleich. Er steigert die Leistungsfähigkeit und stärkt die Motivation. Anne Janssen, Florian Bilic, Sepp Müller und Ellen Demuth verraten, für welche Sportart sie sich begeistern.*

## Laufen macht den Kopf frei Anne Janssen

Meine Sportart ist das Laufen – und das schon seit über zehn Jahren. Eine gute Freundin hat mich damals zu einem Laufkurs angemeldet. Seitdem hat mich die Begeisterung dafür nicht mehr losgelassen. Besonders liebe ich am Laufen, dass es unabhängig von Ort und Zeit möglich ist. Und: Laufen macht mir den Kopf frei.

Für den Fall, dass sich eine Gelegenheit ergibt, habe ich fast immer Turnschuhe und Laufkleidung dabei. Normalerweise versuche ich, morgens früh zu laufen – nicht nur im Wahlkreis, sondern auch in Berlin, wenn es die mit Terminen vollgepackten Sitzungswochen zulassen. Höhepunkte meiner „Laufbahn als Läuferin“ waren für mich unter anderem die sieben Teilnahmen am Ossiloop und der Berlin-Marathon 2024, den ich als Finisherin geschafft habe.

Sport gehört für mich schon von Kindesbeinen an zum Leben – vom Turnen und Volleyball über Jumping Fitness bis hin zum Schwimmen, Kanufahren oder zu anderen Wassersportarten. Bewegung ist für mich Lebensfreude und ein wichtiger Ausgleich zum Alltag als Abgeordnete.



## Fußball verbindet über Parteigrenzen hinweg Florian Bilic



Fußball begleitet mich seit meiner Kindheit. Mein Vater hat mich schon mit auf den Betzenberg genommen, als ich noch ein kleiner Junge war. Seitdem schlägt mein Herz für den 1. FC Kaiserslautern. In meiner Jugend ist das so geblieben. Zunächst habe ich im Verein gespielt und später in meiner Freizeit gekickt. Seit meiner Wahl zum Bundestagsabgeordneten finde ich leider nicht mehr die Zeit, meinen Sport in dieser Form auszuüben.

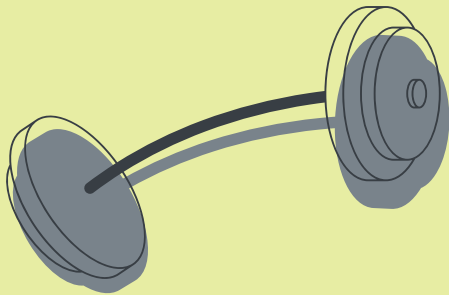
Umso mehr freue ich mich, mit dem FC Bundestag eine Möglichkeit gefunden zu haben, sportliche Aktivität und parteipolitischen Austausch zu verbinden. Über Parteigrenzen hinweg stehen Kolleginnen und Kollegen aus Regierung und Opposition auf dem Platz, begegnen sich auf Augenhöhe und kämpfen gemeinsam um das nächste Tor.

Für mich ist Fußball deshalb mehr als nur Sport. Er schafft Ausgleich, verbindet Menschen und eröffnet neue Perspektiven. Gerade in einem Arbeitsumfeld, das häufig von Termindruck und hitzigen Debatten geprägt ist, ist diese Art des Durchatmens besonders wertvoll.





## Volle Konzentration beim Krafttraining **Sepp Müller**



Wenn der politische Alltag mal wieder von intensiven Gesprächen, langen Sitzungen und ständigem Unterwegssein geprägt ist, brauche ich einen Ausgleich – um den Kopf frei zu kriegen. Für mich besteht dieser Ausgleich im Krafttraining daheim. 2020 habe ich spontan damit angefangen, weil ich gemerkt habe, dass ich etwas für meinen Rücken tun muss. Ein altbekanntes Problem bei vorwiegend sitzender Tätigkeit.

Am Krafttraining begeistert mich, dass man sich vollkommen auf den Moment konzentrieren muss. Während der Übungen kreisen die Gedanken nicht um Termine oder To-do-Listen, sondern nur um die Bewegung. Man braucht dafür lediglich einen Stuhl und Gewichte. Der Stuhl fungiert als Übungsgerät und dient der Stabilität. Und mit den Kurzhanteln trainiert man die Muskeln. Genau das hilft mir abzuschalten, neue Energie zu tanken und fit zu bleiben.

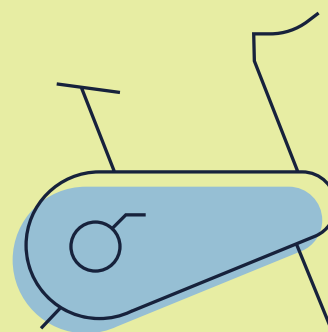
Auch wenn der Kalender oft voll ist, versuche ich, mir die Zeit für Sport bewusst zu nehmen. Egal, ob es früh morgens, abends nach langen Sitzungstagen oder am Wochenende ist. Für mich ist Sport ein wichtiger Ausgleich, der mir hilft, wieder mit frischem Kopf und neuer Motivation in den politischen Alltag zu starten.

Vor meiner Zeit als Bundestagsabgeordnete war ich viele Jahre im Landtag von Rheinland-Pfalz tätig. Der Wechsel nach Berlin war nicht nur politisch, sondern auch körperlich eine Umstellung: weitere Wege, anderer Sitzungskalender, weniger Zeit zur freien Gestaltung. In Sitzungswochen ist der eigene Terminkalender oft bis spät am Abend gefüllt.

Schon an der Sprache merkt man, wie sehr der parlamentarische Alltag auf Sitzen angelegt ist: Sitzungswoche, Plenarsitzung, Ausschusssitzung – das Sitzen steckt in fast jedem Wort. Deshalb trage ich Sport als wichtigen Kontrapunkt in meinen Kalender ein.

Laufen ist dafür ideal: Schuhe an und raus. Hinzu kommt die Zeit, die ich im Fitnessstudio verbringe. Dort gehe ich meistens an die Geräte – am liebsten auf das Spinning Bike.

Insgesamt geht es mir gar nicht so sehr um den sportlichen Effekt: Sport hilft mir viel mehr, lange Tage wegzustecken, Abstand zu gewinnen und am nächsten Morgen wieder mit neuer Energie und Resilienz in den Tag zu starten.



## Spinning gibt neue Energie **Ellen Demuth**



# Die Fraktion in Bildern

*Der Parlamentsalltag ist bestimmt von der aufreibenden politischen Arbeit in den Gremien der Fraktion und des Bundestages. Auf ihren Veranstaltungen zeigt die CDU/CSU-Fraktion, welche Themen sie darüber hinaus bewegen.*



**Filmempfang  
„Deutschland muss  
Filmland bleiben“**

Veronica Ferres (r.) spricht angesichts der Verdopplung der Filmförderung von einer „Hoffnungswelle“ für die Kreativen. Mit auf dem Podium: Anja Weisgerber (Mitte) und Martin Bachmann (l.)



Die Spitzen der CDU/CSU-Fraktion diskutieren mit ihren Gästen über die Zukunft des deutschen Films. V.l.n.r.: Ottilie Klein, Wolfram Weimer, Veronica Ferres, Jens Spahn, Anja Weisgerber und Martin Bachmann

„Deutschland muss Filmland bleiben.“ Dieses Ansinnen äußerte CDU/CSU-Fraktionschef Jens Spahn beim Filmempfang, den die Fraktion traditionell zur Verleihung des Deutschen Filmpreises veranstaltet. Der Empfang dient dem Austausch mit einer Branche, die ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, gleichzeitig aber vor großen Herausforderungen steht – vom globalen Wettbewerbsdruck über veränderte Produktionsbedingungen bis zum Einsatz Künstlicher Intelligenz. Mit einer Verdopplung der Bundesfilmförderung auf 250 Millionen Euro im Jahr sowie einer Verpflichtung für Sender und Streamingdienste zu Investitionen in den Filmstandort Deutschland greift die Koalition der Filmbranche unter die Arme. Am „Film-Talk unter der Kuppel“ des Reichstags nahmen auch Fraktionsvize Anja Weisgerber, die kulturpolitische Sprecherin Ottilie Klein, Kulturstaatsminister Wolfram Weimer, die Produzentin der Construction Filmproduction, Veronica Ferres, sowie Martin Bachmann, Vorstandsmitglied der Constantin Film, teil.



Jens Spahn im Gespräch mit dem Schauspieler Burghart Klaußner, der im Film „An einem Tag im September“ Konrad Adenauer spielt.



Ottilie Klein spricht beim Filmempfang über die Herausforderungen für die Branche – über die veränderten Produktionsbedingungen, den Konkurrenzdruck und den Einfluss von Künstlicher Intelligenz.



# Tabus aufbrechen Frauengesundheit stärken

In der Medizin fehlt die weibliche Perspektive – darin waren sich die Diskutanten auf dem Podium einig.

Frauen leben im Durchschnitt länger als Männer. Allerdings leiden sie häufiger und stärker unter gesundheitlichen Beeinträchtigungen. Was auf den ersten Blick wie ein Zufall wirken mag, ist in Wirklichkeit keiner. Denn: Unser Gesundheitssystem ist noch immer nicht ausreichend auf die spezifischen Bedürfnisse von Frauen ausgerichtet. Über das Phänomen des „Gender Health Gap“ und

wie man es überwinden kann, sprachen Abgeordnete der CDU/CSU-Fraktion bei einem „Ladies' Circle“ am 20. Mai mit Wissenschaftlerinnen aus den Bereichen Medizin und Forschung.

Mit der Veranstaltung wolle man Tabus aufbrechen, kündigten die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Anja Weisgerber und die frauenpolitische

Sprecherin Anne König sowie die Ministerinnen Nina Warken und Dorothee Bär an. Es handele sich keinesfalls um ein Nischenthema, betonte Weisgerber, denn: Frauen sind schließlich die Hälfte der Menschheit. Bei Gender Health geht es nicht nur um frauenspezifische Themen wie Geburten oder Wechseljahre, sondern um alle medizinischen Aspekte.



Nach dem Podiumsgespräch beim Ladies' Circle: die frauenpolitische Sprecherin Anne König, Bundesforschungsministerin Dorothee Bär, Prof. Dr. Mandy Mangler von der Charité, Bundesgesundheitsministerin Nina Warken, Dr. Johannes Wimmer, Prof. Dr. Gertraud Stadler von der Charité, die Vorsitzende der Gruppe der Frauen, Mechthild Heil, die stellvertretende Fraktionsvorsitzende Anja Weisgerber, Maria-Lena Weiss von der Gruppe der Frauen, die stellvertretende Vorsitzende der AG Gesundheit, Emmi Zeulner (v.l.n.r.)

# Hinter den Kulissen

## Tag der Ein- und Ausblicke im Bundestag

Einmal im Jahr öffnet der Bundestag seine Pforten für die Bürgerinnen und Bürger. Am 3. Mai war es wieder so weit: Die Fraktionen und ihre Mitglieder ergriffen die Gelegenheit, sich der Öffentlichkeit zu präsentieren und ihre Arbeit zu erklären. Auch die CDU/CSU – mit 208 Abgeordneten die größte Fraktion – gewährte einen Blick hinter die Kulissen. Sie lud zu Talkrunden ein, an denen Thomas Jarzombek, Ottilie Klein, Volker Mayer-Lay, Marc Biadacz, Reinhard Brandl und Michael Donth teilnahmen. Dabei ging es um einen bunten Strauß von Themen – von Digitalisierung und Wehrdienst über Arbeit und Nachhaltigkeit bis zu Kultur und Tourismus. Auch Erläuterungen zu den Abläufen im Plenum stießen auf Interesse sowie ein Film über die 75-jährige Geschichte der Fraktion.

Da der Tag der offenen Tür im Parlament immer auch ein Familienevent ist, gab es für Groß und Klein Kaffee und Kuchen, Softeis und Popcorn. Ein Magier zog die Kinder in seinen Bann. Zur aktiven Entspannung standen unter anderem ein Tischkicker und ein Atari Pong Table bereit.



Der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Arbeit und Soziales, Marc Biadacz (Mitte), und Lars Rohwer, Obmann im Bundestagsausschuss für Wohnen, Stadtentwicklung, Bauwesen (links), beantworten Fragen des Publikums zum Thema Arbeitsmarkt.



„Mehr Substanz. Weniger heiße Luft.“ Mit diesem Slogan serviert die Fraktion das Dragon-Breath-Popcorn. Wer die in flüssigen Stickstoff getauchten Popcorn isst, atmet wie ein Drache kleine Dampfvolken aus.



Die Vorsitzende der AG Kultur und Medien, Ottilie Klein, spricht über kulturpolitische Themen.

Pressestatement zu Beginn der Veranstaltung:  
Jens Spahn (Mitte) mit Florian Müller (links)  
und Dorothee Bär (rechts)



# Innovationen Mehr Freiheit für Forschung und Wissenschaft

Technologischer Fortschritt ist der Motor für Wirtschaftskraft und die Voraussetzung für nachhaltigen Wohlstand. Deutschland verfügt über exzellente Forschung, eine leistungsfähige industrielle Basis und innovative Unternehmen in allen Größenordnungen. Der CDU/CSU-Bundestagsfraktion ist es ein Anliegen, Innovationen schneller auf den Markt zu bringen, um so die Wertschöpfung zu steigern.

Deshalb arbeitet sie an einem Innovationsfreiheitsgesetz, das die Forschung von Bürokratie entlastet. Eine Hightech-Agenda soll die Technologiefelder fördern, bei denen Deutschland die Chance zur Weltklasse hat. Welche Rahmenbedingungen es dafür braucht, erörterte die Fraktion am 15. April auf einem Innovationskongress mit Expertinnen und Experten aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik.



Fraktionschef Jens Spahn, der forschungspolitische Sprecher Florian Müller und Bundesforschungsministerin Dorothee Bär (v.l.n.r.) lassen sich über bahnbrechende Innovationen informieren.



Institute und Unternehmen präsentieren Forschungsergebnisse. Bis zur Marktreife ist es oft ein langer Weg.



## Im Kern Zuversicht ist das Elixier unserer Union

---

Kolumne von JENS SPAHN  
Vorsitzender der CDU/CSU-Fraktion  
im Deutschen Bundestag

Wenn es um staatstragende Reformen geht, regiert nicht der Zeitgeist. Auch wenn es draußen häufig anders erzählt wird: Die wahren Reformer in Deutschland waren christdemokratische Konservative, oder besser Liberalkonservative: Konrad Adenauer, Ludwig Erhard, Helmut Kohl, aber auch Sozialdemokraten wie Helmut Schmidt oder Gerhard Schröder mit seinem Blick auf die Sozialpolitik. Sie machten Politik aus einer konservativen Haltung heraus für eine moderne und fortschrittlichere Zukunft. Denn sie wussten: In der Fähigkeit zu Reformen liegt die wahre Stabilität einer Gesellschaft.

Das ist eine Chance für Schwarz-Rot. Diese Koalition funktioniert, wenn es in einem Kompromiss nicht vor allem darum geht, wer mehr durchgesetzt hat, sondern darum, ob die Entscheidung richtig ist, ob sie die Sache besser macht. Wir haben gezeigt, dass das möglich ist: Wirtschaft und Verbraucher spürbar entlastet, Gerechtigkeitsfragen wie Bürgergeld neu justiert, Politikwechsel in der Migration eingeleitet, innere und äußere Sicherheit gestärkt. Der parlamentarische Maschinenraum ist gelegentlich mühsam, aber er läuft.

Als Christdemokraten haben wir ein Gespür dafür, wann ein Land Veränderungen braucht (und welche). In diesen Zeiten ziehen wir besonders zur politischen Mitte. Wenn die Fliehkräfte links und rechts außen groß sind – die Dinge um uns herum auseinander zu fallen drohen, dann ist die Zeit, in der sich politische Mitte noch einmal neu definiert. Als Unionsfraktion müssen wir diese Mitte bestimmen und einen Unterschied für den Alltag der Menschen machen.

Im Jahr des 150. Geburtstages Konrad Adenauers leitet uns sein Satz: „Nehmen Sie die Menschen, wie sie sind, andere gibt's nicht.“ Das ist der ur-christdemokratische Anspruch, aus der Betrachtung der Wirklichkeit die Welt jeden Tag ein bisschen besser zu machen. Wir brauchen dafür keine Ideologie oder die Vorstellung eines „neuen Menschen“. Wir wollen nicht umerziehen, wir wollen überzeugen. Als Christdemokraten vertrauen wir in die Menschen – wir akzeptieren ihre Fehler, aber wissen um ihre ungeheure Kraft. Diese Zuversicht ist das Elixier unserer Union.

Wir wissen: Es kommt auf uns an, damit dieses Land wieder wirtschaftliches Wachstum und Aufschwung bekommt; damit die Menschen wieder in Politik vertrauen. Den Erfolg dieses Landes gibt es nur über die Union, nur mit der Union und nur mit einer geschlossenen Union. Wir schultern diese Verantwortung. Auch das macht uns aus.

# die Lage

## Herausgeber

Steffen Bilger, Erster Parlamentarischer Geschäftsführer

Reinhard Brandl, Parlamentarischer Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe und Stellvertreter des Ersten Parlamentarischen Geschäftsführers

## CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Platz der Republik 1  
11011 Berlin

v.i.S.d.P. Teresa Nauber, Sebastian Pfeffer  
Redaktion: Claudia Kemmer (verantw.)  
Konzept & Gestaltung: nvii-media GmbH

T 030. 227 – 53015  
pressestelle@cducsu.de

Diese Veröffentlichung der CDU/CSU-Bundestagsfraktion dient ausschließlich der Information. Sie darf während eines Wahlkampfes nicht zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden.

## Bildnachweise

Titelbild: KI-generiert, Adobe Firefly & ChatGPT; S. 2 oben: CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Wittig; S. 2 unten links: Anchalee Rüland; S.2 unten Mitte: envato, axelbueckert; S. 2 unten rechts: KI-generiert, Adobe Firefly; S. 3: City-Press, Burmann; Porträt S 3: Tobias Koch; S. 4: CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Wittig; S. 6: Tobias Koch; S. 6 – 7: KI-generiert, AdobeFirefly; S. 9: Anchalee Rüland; S 10: Shutterstock, Tomas Ragina; S. 12: iStock, skynesher; S. 15: CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Wittig; S. 16: envato, axelbueckert; Comic-Motive S. 18 – 21: KI-generiert, AdobeFirefly; Illustrationen S 18 – 21: nvii-media; S. 22 – 23: City-Press, Burmann; S. 24: Anika Nowak; S. 25: CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Michael Wittig; S. 26: CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Xander Heinl; S. 27: Tobias Koch

## Die Fraktion im Internet und in den sozialen Medien

Die Webseite der Fraktion: [cducsu.de](http://cducsu.de)

Die Veranstaltungen der Fraktion: [cducsu.de/veranstaltungen](http://cducsu.de/veranstaltungen)

Bundestagsdrucksachen: [bundestag.de](http://bundestag.de)

-  [cducsubundestagsfraktion](https://www.facebook.com/cducsubundestagsfraktion)
-  [cducsu](https://www.youtube.com/cducsu)
-  [cducsu](https://www.instagram.com/cducsu)
-  [cducsu-im-deutschen-bundestag](https://www.linkedin.com/company/cducsu-im-deutschen-bundestag)
-  [@cducsu](https://www.tiktok.com/@cducsu)
-  [cducsu](https://www.x.com/cducsu)

## FraktionsNews

Unser elektronischer Newsletter erscheint nach jeder Sitzungswoche am Freitag Nachmittag. Sie können ihn abonnieren unter: [www.cducsu.de/fraktionsnews](http://www.cducsu.de/fraktionsnews)

## Stand der Veröffentlichung

23.06.2026

Jetzt QR-Code scannen  
und „die Lage“ online lesen

